

Anrede.

Lassen Sie mich mit etwas Grundsätzlichem beginnen. Noch nicht einmal 30 Jahre ist eines der größten Abenteuer des Menschen jung: die Landung auf dem Mond. Nur zwölf Jahre vergingen vom Start des Satelliten Sputnik bis hin zu Neil Armstrongs berühmten Worten "Ein kleiner Schritt für einen Menschen, aber ein großer Sprung für die Menschheit". Wir wissen heute, Flüge zum Mond finden nicht mehr statt; der Wettstreit der Systeme hat dem kommerziellen Wettbewerb und der globalen Zusammenarbeit Platz gemacht. Heute müssen sich die Raumfahrtentwicklungen den aktuellen Herausforderungen der Menschheit stellen und ihre Prioritäten daran orientieren.

Und was macht die Opposition im Deutschen Bundestag? Sie bringt einen Antrag ein, mit dem sie den Eindruck erwecken will, die jetzige Bundesregierung mache alles falsch und setze die falschen Prioritäten. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU kommen mir vor, wie jemand, der ein Haus angezündet hat und anschließend die Feuerwehr ruft. Denn es war Ihr "Zukunftsminister" Jürgen Rüttgers, der ein Raumfahrtprogramm erstellt hat, das programmatisch und planerisch unausgewogen war, die falschen Prioritäten gesetzt, Mittel gebunden und darüber hinaus wichtige Bereiche mit Zukunftsperspektive vernachlässigt hat. Mit "Ihrem" Programm wäre die Zukunft der Raumfahrt auf Jahre blockiert worden; Sie selbst haben die Ampel auf Rot gestellt. Sie haben, wie es der Parlamentarische Staatssekretär Wolf-Michael Catenhusen einmal formuliert hat, "seit 1993 eine dramatische Kluft zwischen politischen Ansprüchen und finanziellen Planungen in der Raumfahrtpolitik entstehen lassen". Ihre öffentlichen Klagen über die Vernachlässigung und ihr Antrag sind scheinheilig, haben Sie doch Jahr für Jahr die Kürzungen des Raumfahrtetats beschlossen. Ich bin der Ministerin dankbar, daß sie vorhin in ihrer Rede die Fehlplanungen und die jahrelang aufgeschobenen Aufräumarbeiten in der Raumfahrtpolitik eindrucksvoll untermauert hat.

Da mein Kollege Lothar Fischer unter anderem schon einige grundsätzliche Ausführungen zur ESA, der Weiterentwicklung der ARIANE 5, der Bindung immenser Mittel durch die alte Regierung für den europäischen Teil der Internationalen Raumstation gemacht hat, möchte ich zu zwei konkreten Punkten Stellung nehmen:

1. Kommerziell erfolgreiche Raumfahrtmärkte, dazu zählen die Satellitenkommunikation und Satellitennavigation und
2. der Erdbeobachtung.

Sehr geehrte Frau Ministerin Bulmahn. Ihren Ausführungen zufolge ist die neue Bundesregierung entschlossen, unter veränderten finanziellen Rahmenbedingungen Fehlentwicklungen der Regierung Kohl zu korrigieren und eine Raumfahrtpolitik zu gestalten, die auf wirtschaftliche Perspektiven und wissenschaftliche Kompetenz setzt. Ich sage Ihnen hierfür die Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion zu. Ich möchte Sie bitten, den genannten Punkte Ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Es war ein fataler Fehler der Regierung Kohl, mit ihren Weichenstellungen kommerziell erfolgreiche Raumfahrtmärkte den USA und anderen Ländern zu überlassen. Insbesondere auf dem Gebiet der Satellitenkommunikation und der Satellitennavigation und den dazugehörigen Produktketten wurden in der Vergangenheit wichtige wirtschaftliche Entwicklungen verschlafen. Dies darf Ihnen und uns nicht paßieren. Das größte kommerzielle Potential der Raumfahrtindustrie liegt in den raumfahrtgestützten Diensten, insbesondere der Telekommunikation, der schon erwähnten Erdbeobachtung und der Navigation. Wer über den Zugang zum All verfügt, hat die Möglichkeit, diese Dienste auszuüben und kann, wenn er diese Möglichkeit exklusiv besitzt, andere von der Produktion solcher lukrativen Dienstleistungen ausschließen oder durch überhöhte Preise bzw. ungünstige Konditionen daran hindern, in diese Geschäftsfelder einzudringen. Frau Ministerin, ich habe Sie so verstanden, daß Sie alles dafür tun wollen, damit die deutsche Industrie ihre gute Wettbewerbsposition auf den genannten Gebieten behält und weitere Marktpotentiale erschließen kann. Das technologische Ziel muß darin bestehen, daß Deutschland in der Raumfahrt im internationalen Maßstab weiter kompetent vertreten ist und in wichtigen Hochtechnologiebereichen Anschluß behält. Der von Ihnen genannte Public-Private-Partnership-Gedanke ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung, dem sich die Nutzer nicht verschließen werden.

Der Markt der Satellitenkommunikation ist in der kommerziellen Raumfahrt am weitesten entwickelt und läßt im Jahr 2000 weltweit ein Volumen von ca. 60 Mrd. \$

erwarten. Die höchste Wertschöpfung wird bei der Vermarktung von Endgeräten und Dienstleistungen erzielt. Deshalb muß die zentrale Zielsetzung des zukünftigen Satelliten-Kommunikationsprogrammes eine erfolgreiche Beteiligung der deutschen Industrie am internationalen Wettbewerb im Nutzlast-, Bus- und Endgerätebereich sein.

Die Satellitennavigation eröffnet als Schlüsselement der Mobilitätsgesellschaft eine Fülle von kommerziellen Anwendungen und Dienstleistungen für alle Anwendungsgebiete der Luftfahrt, Schifffahrt und des Landverkehrs. In Deutschland liegen die kommerziellen Umsätze (Raumsegment und Endgeräte), vor allem wegen der Autonavigation, bei ca. 580 Millionen DM pro Jahr (Erwartung in 2003 1,3 Milliarden DM), wobei die eingesetzten Komponenten hauptsächlich aus den USA stammen. Das Dienstleistungsangebot in Deutschland, das auf dem GPS-System beruht, nimmt laufend zu und leistet schon heute einen wichtigen Beitrag für ein integriertes Gesamtverkehrssystem aller Verkehrsträger, d. h. z. B.

- zur effizienten Nutzung der Verkehrsinfrastruktur,
- zur Erhöhung der Verkehrssicherheit,
- zur Verlagerung vor allem von der Straße auf umweltfreundliche Verkehrsmittel und
- zur Vermeidung von Umweltbelastungen.

Insgesamt hat die europäische Industrie bisher nur einen Anteil von 5% am heutigen Weltmarkt inne. Wegen des amerikanischen Militär-Monopols sind europäische Anbieter aus wesentlichen Bereichen der Wertschöpfungskette ausgeschlossen. Um sich aus dieser Abhängigkeit zu befreien, hat die EU-Kommission das Galileo-Programm vorgeschlagen, das den Aufbau eines europäischen Satellitennavigationssystems vorsieht. Da es eine Aufgabe des Verkehrsministerrates ist, möchte ich davor warnen, auf der ESA-Konferenz schon Nägel mit Köpfen zu machen. Es sollte auf jeden Fall aber Signale für eine positive politische Grundsatzentscheidung geben.

Das Erdbeobachtungsprogramm (EOEP) setzt auf Kontinuität in diesem wichtigen Feld angewandter Raumfahrt in Europa. Der deutsche Beitrag leitet sich nicht nur aus umweltpolitischen, sondern wegen der starken Stellung der deutschen Industrie in diesem Segment auch aus industriepolitischen Interessen Deutschlands her. Deshalb, Frau Ministerin, muß die deutsche Beteiligung an diesem Programm

Priorität haben. Es gibt auf dem Gebiet der Erdbeobachtung ein riesiges Potential an Nutzungsmöglichkeiten; erwähnt seien nur Umwelt- und Klimaforschung, Kartografie, Katastrophenhilfe, Entwicklungshilfe. Die über Jahre hinweg aufgebaute deutsche Spitzenposition in der wissenschaftlichen Erd- und Umweltbeobachtung wird Ihren Ausführungen zufolge nicht verlorengehen, zu einem Zeitpunkt, wo sich operationelle und kommerzielle Nutzungen eröffnen. Andere werden nicht ernten, was wir über Jahre hinweg mit erheblichen öffentlichen Mitteln gesät haben.

Wir sehen gemeinsam in einem globalen Umweltmonitoring eine große Zukunftsaufgabe, weil wir wissen, daß es nicht ausreicht, den Zustand der Umwelt zu beobachten, El Niño-Ereignisse erklären zu können, sondern darauf ankommt, daß die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts regelmäßig flächendeckende Daten benötigt, um nachhaltig wirtschaften zu können und um im globalen Wettbewerb langfristig bestehen zu können; es geht um den Erhalt der natürlichen Grundlagen auf unserem Planeten. Die Antworten auf Fragen der wissenschaftlichen Erdbeobachtung sind weiterhin auch für die Durchsetzung nationaler Interessen wichtig, z. B. auf den Gebieten: Emissionskontingente im Gefolge der Protokolle von Kyoto und Buenos Aires, der Weiterentwicklung der UN-Klimakonvention, grenzüberschreitende Schadstofftransporte, usw. Nur vom Weltraum aus ist es möglich, hierfür globale oder regionale Datensätze effizient, mit hoher Wiederholungsrate und gleichbleibender Qualität zu erfassen. Mit den von der Ministerin aufgezeigten Kriterien schafft das BMBF Voraussetzungen, damit eine sinnvolle Weiterführung der Erderkundung und Beteiligung an internationalen Projekten möglich ist. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU. Ihre Bundesregierung hat bei der ausreichenden und angemessenen Nutzung der empfangenen Satellitendaten kläglich versagt. Diese wurden quasi auf Halde produziert und nur im geringen Umfang als Datenquelle genutzt. Sie haben nichts dafür getan, damit das teure Investment etwas bringt. Im 21. Jahrhundert werden satellitengestützte Informationssysteme, deren Daten weltweit vernetzt abgefragt werden können, zur globalen Basisinfrastruktur gehören. Ein angemessener Anteil und vollständiger Zugang zu diesen Systemen wird

- standortentscheidend für global arbeitende Unternehmen sein,
- der Politik die nötigen Entscheidungsgrundlagen liefern und
- jedem Bürger die Chance geben, sich aktuell und umfassend zu informieren.

Die von der jetzigen Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen werden dafür sorgen, daß die Regierung nicht nur ein verlässlicher Partner der deutschen Raumfahrtindustrie und Wissenschaft sein kann und wird, sondern darüber hinaus auch Deutschland im europäischen und internationalen Raumfahrtrahmen ein verlässlicher Partner bleibt.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat auf einer Veranstaltung aus Anlaß der Heimkehr des Raumlabors Spacelab am vergangenen Freitag in Bremen klare Aussagen zur Förderung der Raumfahrt durch die Bundesregierung gemacht. Mit der von der Ministerin skizzierten Umsteuerung wird man ohne irreparable Schäden aus dem Dilemma mit der Internationalen Raumstation herausgekommen. Wissenschaft, Wirtschaft und die SPD-Fraktion werden Sie, Frau Ministerin, auf dem neuen Weg begleiten. Es ist langsam an der Zeit, daß sich die Opposition mit einreihet und Sie, Herr Kollege Rachel, Ihre Beschimpfungen, ja teilweise Beleidigungen, die Sie im Handelsblatt vom 1. März 1999 geäußert haben, endlich zurücknehmen.

Vielen Dank.